

Fallstudie über die Auswirkungen von Privatisierung und Strukturanpassung auf Genderbelange in Bulgarien.

von Genoveva Tisheva – Direktorin der Bulgarischen Genderforschungsstiftung
(tisheva@mbox.cit.bg; fax: 00355592-950-3865)

„Länder, die sich in einer Übergangssituation befinden, haben die einzigartige politische Gelegenheit die Lage der Frauen, die einen wesentlichen Anteil am erfolgreichen Wandel zu Demokratie und echter Marktwirtschaft haben, zu verbessern. Dadurch kann die Verfestigung von struktureller Diskriminierung und in der Folge die Notwendigkeit weiterer grundlegender Verbesserungen vermieden werden ...“ (aus einer Stellungnahme des Komitees zur Eliminierung der Diskriminierung von Frauen an die bulgarische Regierung, Februar 1998).

Nahm die bulgarische Regierung die oben erwähnte Gelegenheit im Rahmen der Marktöffnung und wirtschaftlichen Neustrukturierung wahr? Oder wurden die alarmierenden Trends bestätigt?

Die Härten auf dem Weg zu Marktöffnung und Mitgliedschaft in der Europäischen Union verschärfen die Notwendigkeit für soziale Schutzmaßnahmen. Die bulgarische Regierung muss in einer Situation des freien Wettbewerbs gleichzeitig die BürgerInnen vor möglichen Nachteilen durch den Freien Markt schützen. Während der letzten zehn Jahre des Wandels und der Strukturreformen hat die bulgarische Regierung keine Anstrengungen unternommen, um den negativen Auswirkungen und den Auswirkungen der Globalisierung, im besonderen auf Frauen und andere benachteiligte Gruppen, regulierende Maßnahmen und eine Stärkung des Sicherheitsnetzes entgegenzusetzen. Das Resultat der Reformen war eine eklatante Benachteiligung von Frauen in den Bereichen Privatisierung, Arbeitsbedingungen, Sozialpolitik, Migration und Zugang zu neuen Technologien. Wir wollen einige dieser Auswirkungen unter dem Aspekt der europäischen Integration von Bulgarien näher beleuchten.

1. Wirtschaftliche Zusammenhänge

Vor 1989, also vor Beginn der demokratischen Reformen war die bulgarische Wirtschaft, unter anderem, geprägt durch zentrale Planwirtschaft, Staatsmonopol bei Eigentum, Staatsmonopol im Außenhandel, Arbeitsplatzsicherung und gleiche Aufteilung der Arbeitsplätze (z.B. betrug der Frauenanteil bei den Arbeitskräften in Bulgarien im Jahr 1985 49,5%).

Nach dem politischen Umbruch 1989 begann Bulgarien mit radikalen wirtschaftlichen Reformen, die auf die Einführung von Marktmechanismen, Privatisierung und einschränkenden Strukturanpassungsmaßnahmen abzielten. Der Beitritt zu EU und NATO wurde zur fixen Idee für die Regierung. Zur Stabilisierung der Landeswährung wurde im Juli 1997 ein Währungsvorstand gegründet.

Diese Politik wurde um den Preis einer belastenden Steuer- und Sozialpolitik durchgezogen, die eine enorme Senkung des Bevölkerungseinkommens zur Folge hatte. Weitere Folgen dieser wirtschaftlichen Maßnahmen waren steigende Arbeitslosigkeit, Lohnkürzungen, Massenentlassungen und Verletzung von Arbeitsrechten.

Das trifft vor allem Frauen, die von dieser wirtschaftlichen Umstrukturierung unverhältnismäßig stark betroffen sind. Die überkommene Arbeitsaufteilung, die geringeren Möglichkeiten des Zugangs zu Aus- und Weiterbildung, ihre schwere soziale Last, die Sorge für die Kinder und die Familie, als auch die Sozialleistungen im Zusammenhang mit ihrer reproduktiven Funktion machen Frauen am Arbeitsmarkt weniger wettbewerbsfähig. Der Anteil an weiblichen Beschäftigten sinkt beständig und hält zurzeit bei etwa 36%, sie sind

stärker gefährdet entlassen zu werden und haben nach Abschluss einer höheren Schule oder eines Studiums geringere Aufstiegschancen.

2. Die Auswirkungen der Privatisierung

Privatisierung gehört zu den zentralsten wirtschaftlichen Maßnahmen der bulgarischen Regierung und ist gleichzeitig ein Bestandteil der Strukturanpassungsprogramme. Mit der Öffnung des Landes in Richtung EU – seit 1995 hat Bulgarien den Status eines assoziierten Landes und im März 2000 begannen Verhandlungen über einen EU-Beitritt – und für ausländische Investoren und Märkte – Bulgarien trat 1996 der WTO bei – wird das Land mehr und mehr Teil der Weltwirtschaft. So etwa wurde die bulgarische Regierung von den internationalen Finanzinstitutionen für seine strikte Umsetzung der Struktur- und Finanzreformen gelobt. Obwohl der Privatisierungsprozess berüchtigt korrupt und undurchsichtig vonstatten ging. Mehr als 70% des Staatseigentums (einschließlich der Banken) wurden privatisiert. Wegen Korruption und unbeständiger Wirtschaftspolitik der Regierung hatte die Privatisierung jedoch keine Stärkung der Wirtschaft zur Folge. Das zeigt sich am besten an der enorm hohen Arbeitslosigkeit von über 20% in den Jahren 2000-2001. Der wachsende private Sektor konnte nicht die Arbeitslosen, die aus dem Restrukturierungsprozess hervorgingen, in dem erwarteten Ausmaß aufnehmen. Von 1998 bis 1999 führte die bulgarische Genderforschungsstiftung eine soziologische und rechtliche Untersuchung über die besonderen Auswirkungen der Privatisierung auf die sozioökonomischen Rechte der Frauen durch. Folgend einige Ergebnisse:

- Frauen und Männer haben im Privatisierungsprozess ungleiche Ausgangsbedingungen, was durch die Bildung der neuen männerdominierten Wirtschaftseliten, in denen Frauen kaum akzeptiert werden, bestätigt wird. Die derzeit herrschende Form der Privatisierung, so haben jüngste Forschungsergebnisse bewiesen, erzeugt Rückschläge durch die Förderung der Korruption und hat keine positiven wirtschaftlichen Auswirkungen. Diese Form der Privatisierung schließt Frauen aus den elitären Kreisen, die sich Vermögen in großer Zahl angeeignet haben, aus.

(...)

- Ein Mangel an entsprechenden staatlichen Strategien für Frauen macht sich im wirtschaftlichen Restrukturierungsprozess und auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Außerdem ist ein Mangel an positiven Maßnahmen von Seiten der Regierung feststellbar, um Frauen eine gerechte Teilhabe am Arbeitsmarkt und als aktive Partnerinnen in der Wirtschaft zu sichern. Unter dem Druck der Europäischen Union, von Frauen-Nichtregierungsorganisationen und des Beijing+5-Prozesses brachte das Arbeits- und Sozialministerium in der Periode 2000-2001 einen Entwurf für ein Gleichstellungsgesetz ein. Obwohl dieser Entwurf einvernehmlich zwischen Regierung und Zivilgesellschaft ausgearbeitet wurde, lehnte ihn das Parlament ab. Folglich zeigten Ende 2001 die Institutionen keine Bereitschaft die Frage der Geschlechterdiskriminierung am Arbeitsmarkt zu regeln. Aufgrund internen und externen Drucks revidierte dann Ende Jänner 2002 die parlamentarische Kommission für Menschenrechte und Religionsgemeinschaften ihre ursprüngliche Entscheidung und empfahl den Entwurf zu einer ersten Begutachtung. Hoffentlich ist das ein Startschuss für eine geschlechtergerechte Gesetzgebung und eine Politik, um – wenn auch ein wenig spät – den negativen Auswirkungen der Strukturanpassungsprogramme auf Frauen wirksam zu begegnen. Das wichtigste Instrument wird die Institutionalisierung eines internationalen Mechanismus sein, der Mainstreamingpolitik, Genderstatistiken, Genderbudgets, etc. nach sich zieht.

3. Der gesellschaftliche Zusammenhang

In den Jahren 2000 und 2001 mehrten sich in Bulgarien die Anzeichen eines Widerspruchs zwischen erklärter erfolgreicher wirtschaftlicher Entwicklung und dem niedrigen sozialen Niveau. Diese Unterschiede zwischen Versprechungen und Realität führten Mitte 2001 zu einem Wechsel in Parlament und Regierung. Eine neue politische Kraft mit neuen sozialen Versprechungen kam unter Führung des früheren Königs Simeon von Bulgarien an die Macht. Die Lage sah folgendermaßen aus: Trotz eines verzeichneten Zuwachses des Bruttonationalprodukts (BSP) von 4% im Jahr 2000, beträgt das laufende bulgarische Durchschnitts-BSP nur 22% aller EU-Länder. Mit einem pro Kopf BSP von 1.500 US\$ und einem Durchschnittseinkommen von 120 US\$ im Jahr 2000, bleibt Bulgarien weit hinter den EU-Ländern zurück, die ein pro Kopf BSP von über 22.000 US\$ haben. Es bleibt auch hinter den besser entwickelten früheren sozialistischen Ländern mit einem pro Kopf BSP von 3.500 US\$. Ein zusätzliches Problem ist die Auslandsverschuldung Bulgariens, die mehr als 80% des BSP beträgt. Der Unterschied zwischen Wirtschaftswachstum und Lebensstandard in Bulgarien wurde noch durch Verluste und Schäden aus der Kosovo-Krise in einem Ausmaß von 80 Millionen US\$ verschlimmert. Die andauernde Spannung in der Region ist eine Herausforderung und gefährdet einen erfolgreichen und raschen Beitritt zur EU.
(...)

4. Die Rolle der Bretton Woods Institutionen

Im Dezember 2001 wurde zwischen Bulgarien und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ein zweijähriges Abkommen über einen Betrag von 300 Millionen US\$ abgeschlossen. Das ist das Neueste in einer Folge von Abkommen mit dem IWF in den letzten zehn Jahren, mit dem vorgeblichen Ziel die Wirtschaft des Landes zu stabilisieren. Das jüngste Abkommen richtet sich auf die Schlüsselpolitik, der die bulgarische Regierung folgen soll: Verminderung der Verletzbarkeit des Staates bezüglich gegenwärtiger und zukünftiger Veränderungen in der Weltwirtschaft; Aufrechterhaltung des Währungsvorstandsübereinkommens; Verminderung der Auslandsverschuldung / BSP-Verhältnis. Diese Ziele müssen durch weitere Liberalisierung, besonders im Energiebereich erreicht werden. Der IWF forderte für Anfang 2002 eine langfristige Preispolitik, Privatisierung des Energiesektors und Marktliberalisierung. Das Abkommen schreibt nicht nur finanzielle Stabilität vor, sondern auch ein Ankurbeln der Wettbewerbsfähigkeit der bulgarischen Wirtschaft und die Lösung der sozialen Probleme.

Alles deutet darauf hin, dass die Regierung viele Zugeständnisse machen musste. Viele positive Versprechungen für den sozialen Bereich, die in Vor- und Nachwahlzeiten gemacht wurden (die Wahlen waren im Juni 2001), wurden durch die Bedingungen, die der IWF gesetzt hatte, untergraben. Das erklärt „menschensfreundliche“ Regierungsprogramm ist nahe daran zu scheitern. Ein auffallendes Beispiel für den Eifer der Regierung, dem IWF zu gefallen, war die Entscheidung im Oktober 2001 die Verbraucherpreise für elektrische Energie und Heizung um 10% anzuheben. Diese Entscheidung war eine Gesetzesverletzung, ohne Einbeziehung der Gewerkschaften und wurde daher erst kürzlich durch einen Entscheid des Obersten Verfassungsgerichtshofes wieder aufgehoben. Diese harte Maßnahme, wirkte sich, trotz Aufhebung durch das Gericht, auf den ohnehin schon niedrigen Lebensstandard der Gesamtbevölkerung aus. Ganz offensichtlich trifft das Frauen in unverhältnismäßig höherem Maß, weil Frauen die ersten sind, die die Auswirkungen der Verbraucherpreise spüren und überdies sind unter den Frauen viele Alleinerzieherinnen. Im Februar mussten zunehmende soziale Spannungen festgestellt werden und es kam zu Übergriffen auf einige Roma-Siedlungen.

Eine weitere Folge der Einmischung der internationalen Finanzinstitutionen zeigt sich im Mangel einer konsequenten Sozialpolitik der Regierung. Familienpolitik gilt zum Beispiel als Hauptmerkmal einer demokratischen Regierung und als ein wichtiger Indikator für einen hohen Lebensstandard. Der Mangel einer guten Politik betrifft Frauen in direkter Weise. Das kürzlich gebilligte Familienbeihilfensystem widerspiegelt die bulgarische Realität. Die ohnehin knappe Beihilfe von sieben bulgarischen Lei pro Kind und Monat (weniger als fünf US\$) – eine der geringsten Unterstützungen unter den mittel- und osteuropäischen Staaten – wurde verdoppelt, aber ab Jänner 2002 wird sie nur Familien mit einem geringeren Einkommen als 150 bulgarischen Lei (etwa 70 US\$) zugestanden (das Gesetz, das ‚Gesetz zur Familienunterstützung‘ (!) heißt, steht noch zur parlamentarischen Begutachtung an). Schätzungsweise werden dreimal weniger Kinder als vorher von der Unterstützung profitieren, dennoch wird diese Maßnahme als erfolgreich zur Armutsbekämpfung in Bulgarien bewertet. Diese Änderung, die von der Weltbank als Bedingung zur Gewährung von Krediten zur Armutsbekämpfung, empfohlen wurde, steht nun seit mehr als zwei Jahren an, und trotzdem gab es keine ernsthafte öffentliche Diskussion darüber. Die Belastungen durch dieser Entscheidung werden verstärkt negative Auswirkungen auf Frauen haben. (...)

Die Aufforderung der internationalen Finanzinstitutionen galt der Beschleunigung der Privatisierung, welche trotz weitverbreiteter Korruption umgesetzt wurde. Die Umstrukturierung des Gesundheits- und Bildungswesens, gefördert durch Kredite von der Weltbank, veranschaulicht die ungünstige Auswirkung der Unterstützung der Finanzinstitutionen auf den Sozialbereich und die menschlichen Ressourcen in diesem Bereich. Diese Bereiche hatten zwar Verbesserungen und Modernisierung nötig, sie wurden jedoch so grundlegenden Veränderungen unterworfen, dass praktisch die positiven und wettbewerbsfähigen Elemente, die sie hatten, aufgelöst wurden. Darüberhinaus kam es zu dramatischen Veränderungen bei den in diesen Bereichen Beschäftigten, von denen 70-80% Frauen waren. So hatten hier, wie auch in anderen Fällen von Restrukturierung und Privatisierung, die Reformen geschlechtsspezifische Auswirkungen, wenn nicht gar in einem offensichtlich unverhältnismäßigen Ausmaß. Die menschliche Seite der Reformen wurde weder von den internationalen Institutionen noch von der Regierung ausreichend in Betracht gezogen. Und das trotz der Empfehlung des UN-Komitees für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom Dezember 1999, wo es heißt, dass die bulgarische Regierung, „im Zuge der Verhandlungen mit den Internationalen Finanzinstitutionen ... ihre Aufgabe nicht vergessen sollte, die Rechte, die im Vertrag festgeschrieben wurden, zu respektieren, zu schützen und zu erfüllen.“

Inzwischen liegt Bulgarien, mit einem monatlichen Durchschnittseinkommen von 115 US\$ (entsprechend der neuesten Zahlen der Weltbank) hinter den anderen EU Kandidatenländern aus Mittel- und Osteuropa (270 US\$ in Lettland und Litauen und 151 US\$ in Rumänien). Im letzten Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission erreichte das Land wieder nicht die EU-Wirtschaftskriterien. Nach Jahren der Verhandlungen über Wirtschaftsliberalisierung mit den Bretton Woods-Institutionen konnte die EU keine funktionierende Marktwirtschaft in Bulgarien vorfinden! Der Slogan von der „Finanzstabilität“ hat nur zu mehr Armut geführt.

Damit Bulgarien aus diesem endlosen wirtschaftlichen Übergangsstadium herauskommen kann, sollte die Regierung die nationale Wirtschaftsentwicklung fördern, unabhängig von Reformen und Strukturanpassungsprogrammen der internationalen Institutionen. Der Prozess des EU-Beitritts sollte zur Verbesserung der sozialen Standards genutzt werden. Dazu ist von der Regierung verstärkte Transparenz in allen internen und externen wirtschaftlichen Entscheidungen gefordert und eine vermehrte Einbeziehung der Zivilgesellschaft in

Entscheidungsprozesse. Frauen und Frauenorganisationen sollten ein wichtiger Teil dieses Prozesses sein.

Übersetzung und Kürzung: Gabriele Kienesberger